



14.03.2014

## IWF will Ukraine kurzfristig helfen

### IWF will der Ukraine kurzfristig helfen

#### **Ukrainische Regierung kündigt massive Einsparungen und Senkung der sozialen Standards an / Experten schätzen jährlichen Bedarf an externen Hilfen auf 15 Mrd. US\$ / Von Christian Overhoff**

Kiew/Bonn (gtai) - Der Ukraine droht ohne sofortige Finanzhilfen der Staatsbankrott. Um die Kassenlage zu verbessern und um die Bedingungen des IWF für ein neues Kreditabkommen zu erfüllen, kündigte Premier Jazenjuk drastische Budgeteinschnitte an. Die Prüfungskommission des Fonds gibt aus Kiew grünes Licht. Den Finanzbedarf kalkuliert die Regierung für die nächsten zwei Jahre auf 35 Mrd. US\$. Gleichzeitig läuft die Mobilmachung der Armee. Die Sorge vor einem weiteren russischen Einmarsch wächst.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sei "sehr daran interessiert", der ukrainischen Übergangsregierung bei der Stabilisierung der Wirtschaft zu helfen, betonte die Direktorin des Fonds, Christine Lagarde, nach einem Treffen mit Premierminister Arsenij Jazenjuk Mitte März in Washington. "Wir haben eine produktive Diskussion über die politischen Maßnahmen geführt, die nötig sind, um der Ukraine zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik mit einem nachhaltigen Wachstum zu verhelfen und gleichzeitig die Hilfsbedürftigen der Gesellschaft zu schützen", sagte Lagarde am 12.3.14 in der Stellungnahme.

Die IWF-Direktorin lobte die Regierung in Kiew und sprach von "guten Fortschritten" im Rahmen der IWF-Mission, die bis zum 21.3.14 verlängert wurde. Ziel der Experten ist, den tatsächlichen Finanzbedarf des Landes zu ermitteln. Diesen kalkuliert die Übergangsregierung in Kiew für die kommenden zwei Jahre auf 35 Mrd. \$. Premier Jazenjuk gibt die Höhe der Staatsschulden mit 75 Mrd. \$ an. Allein 2014 belaufen sich die zu begleichenden Auslandsschulden laut ukrainischem Finanzministerium auf 9,63 Mrd. \$ (Stand: 31.12.13). Die Finanzlücken dürften allerdings derzeit kaum genau beziffert werden können angesichts der wirtschaftlichen Krise, der unklaren außen- und innenpolitischen Lage sowie der erheblichen Intransparenz in der staatlichen Verwaltung.

Mit Blick auf die laufenden Gespräche mit dem IWF und die geplanten Maßnahmen der ukrainischen Regierung zur Reduzierung der Staatsausgaben sieht Finanzminister Oleksandr Schlapak die Möglichkeit, die erste Kredittranche bereits im April zu erhalten. Dies sagte er in einem Pressebriefing Anfang März in Kiew laut Interfax Ukraine. Zuvor hatte die Übergangsregierung den IWF um 15 Mrd. \$ gebeten, um die Schulden zu bedienen und russisches Gas zu bezahlen.

Jazenjuk hat gegenüber dem IWF seine Bereitschaft angekündigt, sämtlichen Reформауflagen des Fonds für den Abschluss eines neuen Kreditabkommens zuzustimmen. Der Fonds knüpft die Hilfen an wesentliche Änderungen in der ukrainischen Wirtschaftspolitik - explizit an einen höheren inländischen Gaspreis, einen flexibleren Wechselkurs und Einsparungen im Staatshaushalt.

Auch sonst sehen Experten, wie der Ökonom der London School of Economics, Peter Boone, aktuell gute Chancen auf eine baldige Unterzeichnung und damit auf eine Wiederaufnahme des

Kreditabkommens zwischen dem IWF und der Ukraine. Zwar hätten die Regierungen in der Ukraine den IWF wiederholt in der Vergangenheit enttäuscht, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler Mitte März gegenüber der New York Times. Doch diesmal sei der politische Druck auf den IWF durch die westlichen Regierungen immens hoch, die Ukraine kurzfristig zu unterstützen. Abgesehen von einer Soforthilfe dürfte der Fonds aber noch die Präsidentenwahl am 25. Mai und die Bildung einer neuen ukrainischen Regierung abwarten.

In einem dramatischen Appell bereitete Premier Jazenjuk das Land auf neue wirtschaftliche Härten und soziale Einschnitte vor. "Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen Katastrophe", sagte Jazenjuk Mitte März vor dem Parlament. Die Ukraine werde eine schwierige Zeit durchmachen, da die Regierung zu massiven Einsparungen und zur Senkung von sozialen Standards gezwungen sei. Haushaltskürzungen von 65 Mrd. bis 80 Mrd. Griwna (UAH; etwa 6,8 Mrd. bis 8,4 Mrd. \$; 1 \$ = rund 9,47 UAH) sollen bis Ende März vom Parlament beschlossen werden, berichten ukrainische Medien. Das wären bis zu 17% aller Staatsausgaben für 2014. Geplant sind etliche Kürzungen bis hin zum Einfrieren staatlicher Investitionen und Gehälter.

Die Liste der sozialen Grausamkeiten ist lang. Besonders bitter: Die Halbierung der Renten für Pensionäre, die sich noch ein zusätzliches Einkommen verdienen. Angekündigt wurde zudem der Anstieg des bisher stark subventionierten Gastarifes für Haushalte um die Hälfte. Dies trifft vor allem den Durchschnittsbürger. Im Falle, dass dessen Haushalt nicht am Fernwärmesystem angeschlossen ist, nimmt er maximal bis zu 2.500 cbm pro Jahr direkt ab und bezahlt bisher rund 80 \$ pro 1.000 cbm. Der ukrainische Gasversorger Naftogaz musste 2013 bei der russischen Gazprom rund 400 \$ pro 1.000 cbm berappen.

#### **Finanzminister: Keine Steuererhöhungen geplant**

Für die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine erwartet der vorläufige Finanzminister Schlapak keine positiven Impulse. Sein Ministerium rechnet für 2014 nicht mehr mit einem BIP-Wachstum. Die Regierung Asarow hatte ihren Haushalt noch mit einem utopischen BIP-Zuwachs von 3% kalkuliert. Das Finanzministerium arbeitet an einem Entwurf zu einer entsprechenden Haushaltsänderung. Mit Steuererhöhungen will Schlapak die Wirtschaft aber nicht belasten. "Nach 22 Monaten Stagnation der ukrainischen Wirtschaft können wir heute keine zusätzliche Steuern von den Unternehmen verlangen", sagte er Mitte März gegenüber Interfax.

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung bekommt der ukrainische Staatshaushalt bereits zu spüren. So musste im Januar und Februar 2014 ein Ausfall von 1,3 Mrd. UAH bei der Mehrwertsteuer hingenommen werden, aufgrund des Rückgangs in Industrieproduktion und Handel. Über 7 Mrd. UAH weniger als geplant nahm das Finanzministerium in Folge des Importrückgangs in den ersten beiden Monaten ein.

Die Ukraine befindet sich am Rande des Staatsbankrotts, und die Sorge der Investoren wächst. Das Land weist sehr hohe, strukturelle Defizite sowohl im öffentlichen Haushalt als auch in der Leistungsbilanz auf, die es aus eigener Kraft nicht weiter finanzieren kann. Kritisch ist auch der Zustand der Währungsreserven, die nach massiven, aber letztlich wirkungslosen Stützungskäufen geschmolzen sind. Anfang Februar sank der Bestand auf 15 Mrd. \$. Dies entspricht nur noch zwei Monaten Importdeckung. Es muss mit einer weiteren Abwertung gerechnet werden, da die ukrainische Währung nur künstlich durch eine Devisenbewirtschaftung gestützt wird.

Seit Anfang des Jahres wertete die Griwna bereits um rund ein Viertel ab. Die Zentralbank der Ukraine (NBU) lässt den Griwna-Wechselkurs seit 6.2.14 frei floaten. Die NBU will den durchschnittlichen Interbankenkurs am Ende jeden Tages ermitteln und als offiziellen Wechselkurs festlegen.

Das Kreditrating der Ukraine wurde zuletzt weiter heruntergestuft: Die US-Ratingagentur Fitch hat angesichts der Krise in der Ukraine die Kreditwürdigkeit des Landes im Februar 2014 um eine Stufe von B- auf CCC herabgestuft. Damit steht das Land bei den drei großen internationalen Ratingagenturen (Fitch, Moodys und S&P) in der Bewertung eine Stufe vor dem Staatsbankrott.

Eine wirksame sofortige Brückenfinanzierung müsste sich im Bereich von 1 Mrd. bis 3 Mrd. \$ bewegen, schätzen Experten. Der IWF könnte gemäß seiner Regularien kurzfristig etwa 1 Mrd. \$ Soforthilfe bereitstellen. Die Unterzeichnung eines umfassenden Abkommens mit dem Fonds könnte noch Wochen dauern. Summen im Bereich von 25 Mrd. bis 35 Mrd. \$ von allen Gebern könnten dann ausreichen, um die unmittelbaren Finanzierungslücken der Ukraine in den kommenden zwei Jahren zu decken, meinen Experten. Insgesamt rund 15 Mrd. \$ an externen Hilfen bräuchte die Ukraine zunächst pro Jahr, schätzt der Ökonom und Osteuropaexperte Anders Aslund. Diese Mittel sollten dann auch ausreichen, um einen gewissen Puffer für die Folgen zu erwartender russischer Handelssanktionen zu bilden und auf eine mögliche Bankenkrise zu reagieren.

Alternativen zu externen Hilfen gibt es für die Ukraine zurzeit nicht. Denn das Land wird angesichts der außenpolitischen Risiken und möglicher längerer innenpolitischer Spannungen kaum in der Lage sein, zu tragbaren Konditionen nennenswerte Summen am internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen. Auch ausländische Investoren vor Ort dürften sich bis zur Klärung der Lage sehr zurückhalten oder Kapital abziehen. Im Bankensektor hatte 2013 der Rückzug westlicher Gesellschaften angehalten.

Ein positiver Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen ist von der geforderten Liberalisierung des Gaspreises zu erwarten. In den Verhandlungen mit der ukrainischen Regierung im Jahr 2011 verlangte die IWF-Delegation eine 30%ige Tarifierhöhung. Die IWF-Experten favorisieren statt Preissubventionen direkte Hilfen an die Bedürftigen. Der subventionierte Gaspreis für Haushalte und Heizenergie kostet den ukrainischen Haushalt ein Äquivalent in Höhe von 5% des BIP, so eine IWF-Studie vom Oktober 2012. Besonders schädlich sind die mit den Subventionen verbundenen Schwarzgeschäfte, bei denen verbilligtes Gas an nicht berechnete Empfänger weiterverkauft wird. Eine Erhöhung der Tarife um 20% würde ein höheres BIP-Wachstum um 0,3% ergeben. Es würden erhebliche Investitionen in die Energieeinsparung sowie in die Förderung und Weiterleitung von Erdgas angeregt. Weniger als 40% der ukrainischen Haushalte besitzen einen Zähler. Die Energieeffizienz der Ukraine erreicht nur 60% des europäischen Durchschnitts. Die eigene Gasförderung sank mangels Investitionen in einem Zeitraum von zehn Jahren von 20 Mrd. cbm auf 15 Mrd. cbm.

### **Ohne politische Lösung des Konfliktes mit Russland bleibt das Land vollständig von westlichen Gebern abhängig**

Eine Ausweitung des Konfliktes mit Russland in Form einer Annexion von weiteren Landesteilen würde die Finanzen der Ukraine zusätzlich in Bedrängnis bringen. Dieses Szenario bereitet Beobachtern zunehmend Sorge, nachdem sich der russische Präsident Wladimir Putin vom obersten Senat, dem Föderationsrat, im Februar 2014 die Zustimmung für ein militärisches Eingreifen auf dem Territorium der gesamten Ukraine erteilen ließ. Die bisherige russische Intervention und die angestrebte Abspaltung der Krim läuft sehr nahe eines Masterplans ab, den der russische Politologe Igor Dschadana vor dem Hintergrund eines möglichen Nato-Beitritts der Ukraine 2008 skizzierte. Demnach sieht eine weitere Eskalationsstufe die militärische Einnahme der ganzen östlichen und südlichen Ukraine mit den Städten Charkiw, Luhansk, Donezk, Krywyj Rih und Odessa vor. Darauf verwies Mitte März das ukrainische Wirtschaftsportal depo.ua.

Der ursprüngliche Artikel von Dschadana wurde 2008 in der Internetpublikation "Russkij Journal", welche der Kreml-Politologe Gleb Pawlowskij gegründet hat, publiziert. In westlichen Medien

wurde Pawlowskij in der Vergangenheit wiederholt als "die graue Eminenz des Kreml" bezeichnet. Aber 2011 fiel er in Ungnade und verlor seinen Beraterstatus bei Putin.

Zusätzliche Verteidigungsanstrengungen der Ukraine sind kaum finanzierbar. Die ukrainische Regierung mobilisiert zurzeit und will 1 Mio. Reservisten in die Kasernen rufen. In der Armee dienen in Friedenszeiten rund 130.000 Personen. Übergangspräsident Oleksander Turchinow kündigte zudem am 11.03.2014 die Bildung einer Nationalgarde an. Gegenüber 220.000 russischen Soldaten, die allein direkt an der ukrainischen Ostgrenze bereit stünden, könnte die Ukraine aktuell nur auf insgesamt 6.000 gefechtsbereite Kämpfer zurückgreifen. Die Armee müsse nach dem Regierungswechsel praktisch von Null wieder aufgebaut werden. Auf ein militärisches Eingreifen auf der Krim- selbst im Falle einer Abspaltung - will die Ukraine angesichts der Schwäche seiner Truppen verzichten, kündigte der erste Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, Andrij Parubij, Mitte März an.

Der Wehretat der Ukraine lag 2013 bei geschätzten 1,5 Mrd. gegenüber 50 Mrd. \$ in Russland. Einen Ausweg aus der Finanzkrise bietet daher neben der massiven Unterstützung durch internationale Geberorganisationen nur eine nachhaltige politische Lösung des Konfliktes. Der amerikanische Ex-Außenminister Henry Kissinger schlägt zum Beispiel das Modell eines neutralen Staates - ähnlich Finnlands - für die Ukraine vor. Solange aber die Abspaltung größerer Landesteile oder gar die weitere Annexion von Gebieten durch russische Truppen droht, wird die Ukraine vollständig am Tropf der westlichen Geber hängen.

#### **Internetlinks:**

Stellungnahme von Christine Lagarde, IWF

[▶ http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1493.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr1493.htm)

Artikel von Igor Dschadana in der Internetpublikation "Russkij Journal" (2008)

[▶ http://www.russ.ru/pole/Operaciya-Mehanicheskij-apel-sin](http://www.russ.ru/pole/Operaciya-Mehanicheskij-apel-sin)

(C.O.)


#### **Dieser Artikel ist relevant für:**

Ukraine

Wirtschaftsbeziehungen zur EU, Wirtschaftslage, -entwicklung, allgemein, Konjunktur, allgemein, Öffentliche Finanzen, Staatshaushalt, Auslandsverschuldung, Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern, Regionen

#### **KONTAKT**

**Verena Saurenbach**

 0228/24993-283

 [Ihre Frage an uns](#)

[http:// www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=978330.html](http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=978330.html)

© 2014 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.